

nur 150 Verkehrsmaschinen - über 10 Millionen Passagiere und 200.000 t Fracht befördert. Bis zum Jahre 2000 soll sich die Zahl der Verkehrsmaschinen auf 300 verdoppeln, was Investitionen in Höhe von rd. 7 Mrd. US\$ erfordern wird.

Bereits heute wird der Flugbetrieb der CAAC von sechs autonomen Regionalverwaltungen betrieben, die jeweils eine eigene Flotte, ein eigenes Management und sogar ein unterschiedliches Niveau im Service an Bord haben. So wirbt beispielsweise CAAC Shanghai im CAAC-Gesamtflugplan damit, daß sie mit ihren modernen Flugzeugen 34 Strecken im Inland, 4 internationale Strecken sowie Regionalrouten nach Hongkong nicht nur von Shanghai, sondern auch von Hangzhou, Nanjing, Fuzhou und Xiamen aus befliegt - sicher, komfortabel und mit einer freundlichen Atmosphäre an Bord. Alle CAAC-Flugzeuge tragen jedoch die gleiche Bemalung.

Der reine Flugbetrieb soll künftig aus der Behörde CAAC herausgelöst werden, ebenso die Flughafenverwaltung und die Flugsicherungsdienste. Für die CAAC blieben jedoch alle "regelnden" Funktionen, wie Musterzulassung und Überwachung der Lufttüchtigkeit von Fluggerät, Pilotenlizenzerteilung, Kontrolle der Einhaltung von ICAO-Vorschriften usw.

Das "Tagesgeschäft des Flugbetriebs" soll auf insgesamt sechs neue staatliche Fluggesellschaften übertragen werden. Dazu gibt es einen "Generalplan zur Dezentralisierung", der sich jetzt in seiner letzten Durchführungsphase befindet.

Seit dem 15. Oktober 1987 hat China Southwest Airlines in Shantou als erste dieser staatlichen Regionalgesellschaften den Probebetrieb aufgenommen. Diese Gesellschaft hat jetzt ihre eigene Rechtsform und verfügt über eine moderne Flotte von Boeing 737-Flugzeugen, mit der sie Inlandsflüge durchführt.

Bis Ende 1988 sollen die fünf weiteren Regionalgesellschaften, die den heutigen CAAC-Regionalbüros in Shanghai, Guangzhou, Shenyang und Xi'an entsprechen, den Betrieb aufgenommen haben. Die Beijinger CAAC-Verwaltung wird in eine internationale Fluggesellschaft umgewandelt, die bisher inoffiziell den Namen Air China International

trägt. Sie wird alle Auslandsfernflüge der CAAC sowie die Bedienung von Hauptstrecken im Inland von Beijing aus übernehmen, jedoch nicht alle internationalen Flugdienste, denn jede regionale Fluggesellschaft kann auch Nahziele in den Nachbarländern ansteuern.

Die CAAC hat international ein beachtliches Tempo vorgelegt. 1987 wurden vier neue Ziele angefliegen: Istanbul, Berlin-Schönefeld, Warschau und Fukuoka in Japan. Nach Vancouver wurde von Beijing und Shanghai der Flugbetrieb aufgenommen; 1988 wird Toronto als neues Ziel hinzukommen. Beachtlich in die steigende Zahl der Nonstop-Flüge von Europa nach Beijing, etwa von Frankfurt jeden Mittwoch.

Um innerhalb gewisser Grenzen einen Wettbewerb zu ermutigen, gibt es seit einigen Jahren Pläne für derzeit 18 CAAC-unabhängige Fluggesellschaften. Davon fliegen bereits drei: Die von den Luftstreitkräften seit 1984 betriebene China United Airways, die zivile Passagiere in Militärmaschinen zwischen Militärflughäfen transportiert; ein Zubringergesellschaft in Urumqi mit dem Namen Sinkiang Regional Airlines; sowie die von der Stadtverwaltung Shanghais gegründete Shanghai Airlines, die nichts mit der künftigen China Eastern Airlines zu tun hat. Seit diese unabhängige Gesellschaft vor zwei Jahren mit einem Bordservice, der deutlich über dem der CAAC lag, auf dem Markt auftauchte, hat auch die CAAC auf den in Konkurrenz, aber zu gleichen Preisen geflogenen Routen den Service wesentlich verbessert.

Der Beijinger Flughafen soll für die Abfertigung von Gruppen ausgebaut werden, um ausländischen Touristen die Einreise zu erleichtern. Kurzfristig wird auch die Zahl der Schalter erhöht, auf längere Sicht soll ein weiterer Abfertigungs-Satellit gebaut werden.

In Shanghai muß die Piste verstärkt werden, da sie heute für voll beladene Großflugzeuge noch nicht geeignet ist. Auch Shanghai soll ein neues Abfertigungsgebäude erhalten. Die Verwaltung aller chinesischen Zivilflughäfen wird künftig von sechs Regionalzentren aus erfolgen, die finanziell unabhängig sein sollen. Die gleiche Struktur erhält auch die Flugsicherung. (HB, 22./23.1.88) -lou-

Taiwan

*(48)

Li Denghui neuer Staatspräsident und amtierender Vorsitzender der Regierungspartei nach Jiang Jinguos Tod

Am 13. Januar 1988 starb Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo), Staatspräsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei Guomindang (GMD) im Alter von 77 Jahren an Herzversagen. Er war der älteste Sohn von Marsschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek, 1887-1975), der von 1928 bis zu seinem Tod die Führung der GMD und der Republik China fest in der Hand hatte und dessen Macht Jiang Jinguo 1975 übernommen hatte. Seitdem bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der GMD und seit 1978 auch das des Präsidenten der Republik China.

Obwohl Jiang Jinguo autoritär regierte, war er im Unterschied zu seinem Vater sehr volksnah. Vor seinem Tode leitete er noch eine Liberalisierungspolitik in Taiwan ein und verkündete vor allem die Beendigung des seit 38 Jahren andauernden Ausnahmezustands. Noch als Ministerpräsident (1972-1978) hatte er angefangen, im - von der vom Festland stammenden alten GMD-Garde kontrollierten - Regierungs- und Parteiapparat mehr jüngere und einheimische Politiker einzusetzen. Auch das weltweit anerkannte Wirtschaftswunder Taiwans ist überwiegend ein Erfolg seiner Regierung.

Vier Stunden nach Jiang Jinguos Tod wurde Vizepräsident Li Denghui (Lee Teng-hui, 65), ein einheimischer Politiker und Technokrat, verfassungsgemäß als Staatspräsident vereidigt. Bei der Besetzung des GMD-Vorsitzes (es fehlt die Einrichtung eines stellvertretenden Parteivorsitzenden) ergaben sich Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Erst wurde erklärt, daß man während der einmonatigen Trauerzeit aus Anlaß des Todes von Jiang Jinguo die Frage nicht diskutieren wolle; doch zahlreiche zur GMD gehörende junge Abgeordnete traten dafür ein, Li Denghui zum amtierenden Parteivorsitzenden zu wählen. Daraufhin sondierten der Generalsekretär der GMD, Li Huan, und seine drei Stellvertreter die Meinungen unter

den Parteiführern. Abgesehen von Li Denghui selbst versprochen alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZK der GMD, auf der Sitzung am 27. Januar den neuen Staatspräsidenten auch zum amtierenden Parteivorsitzenden bis zum 13. Parteitag im kommenden Juli zu wählen. Da aber dies an dem Tag nicht auf der Tagesordnung stand, forderte der stellvertretende Generalsekretär Song Chuyu, der früher Privatsekretär Jiang Jingguos und Regierungssprecher war, auf der Sitzung des höchsten Parteigremiums die Frage unmittelbar zu klären, um die Einheit der Partei nach außen hin zu demonstrieren. Nach seiner Rede verließ Song, der nicht zum Ständigen Ausschuss gehört, die Sitzung. Es folgte eine Diskussion; schließlich wurde Li Denghui einstimmig durch Aufstehen von allen 27 Sitzungsteilnehmern zum amtierenden Vorsitzenden gewählt. Laut Pressemeldungen soll Frau Jiang Jieshi (Song Meiling) bis zuletzt versucht haben, die Entscheidung zu verschieben. (LHB, 30.1.88; Shibao Xinwen-zhazhi, Taipei, 2.2.88, S.18 ff.).

Li Denghui, ein an der Cornell University, USA, promovierter Agrarökonom, war 1978-1981 Oberbürgermeister von Taipei, 1981-1984 Gouverneur der Provinz Taiwan und wurde 1984 zum Vizepräsidenten der Republik China gewählt. Bislang hatte er weder in der Zentralregierung noch in der Regierungspartei oder in der Armee persönlichen Einfluß ausgeübt. Er versicherte, Jiang Jingguos Politik fortsetzen zu wollen. Der relativ reibungslose Antritt der politischen Erbschaft Jiang Jingguos durch Li kennzeichnet jedoch eine historische Wende in Taiwan, d.h. das Ende der autoritären Familienherrschaft. (Zur politischen Machtkonstellation in Taiwan nach Jiang Jingguos Tod folgt noch ein ausführlicher Beitrag im nächsten Heft von C.a.). -ni-

* (49) Neues Gesetz zur Regelung von Versammlungen und Demonstrationen

Nach drei Monate andauernden heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierungspartei Guomindang (GMD) und der Opposition wurde "das Gesetz für Versammlungen und Demonstrationen während der Periode von Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion" vom Gesetzgebungsyuan (Parlament) verabschiedet (ZYRB, 12.2.88).

Es ist das erste wichtigste Gesetz für das politische und soziale Leben in Taiwan seit der Beendigung des mehr als 38 Jahre lang dauernden Ausnahmezustands am 14. Juli 1987. Es stützt sich jedoch noch auf "das Nationale Sicherheitsgesetz während der Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion", das am 23. Juni 1987, also kurz vor der Aufhebung des Ausnahmezustands, verabschiedet worden war und als ein Ersatz für das nicht mehr verwendete Notstandsgesetz für die Zeit des formell immer noch nicht beendeten Bürgerkrieges gegen die "Rebellion" chinesischer Kommunisten dienen soll (siehe dazu, C.a. Juni 1987, S.466, Ü 51).

Wie bei dem Nationalen Sicherheitsgesetz protestierten die oppositionellen Abgeordneten in der Debatte über das neue Gesetz für Versammlung und Demonstration energisch gegen die Bezeichnung "Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion" im Gesetztitel und besonders gegen den Gummiparagraphen des Art.4 (Art.2 vom Nationalen Sicherheitsgesetz) mit den drei Einschränkungen für Versammlung und Demonstration: kein Verstoß gegen die Verfassung, keine Befürwortung des Kommunismus und keine Spaltung des Landes. Ferner lehnte es die Opposition auch ab, daß Versammlungen und Demonstrationen im Freien gemäß Art.4 und 8 von der zuständigen Ortspolizei genehmigt werden müssen, weil die lokalen Polizeibeamten nicht zuständig seien, so das Argument, die Verfassung und die politischen Grundprinzipien zu interpretieren.

Die oppositionellen Abgeordneten, die gegen die Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes durch ein "Sit-in" vor dem Podium des Sitzungssaales protestierten, sind diesmal der Abstimmung in dritter Lesung des Gesetzes für Versammlung und Demonstration ferngeblieben.

Seit der Aufhebung des Ausnahmezustands hat die Anzahl von Demonstrationen auf der Insel drastisch zugenommen. Im letzten Jahr gab es nach offiziellen Statistiken der Polizei 1.835 Fälle, 625 oder 52% mehr als vor einem Jahr (LHB, 12.1.88). -ni-

* (50) Presseliberalisierung

Die seit über 36 Jahren andauernde Zeitungseinschränkung in Taiwan, allgemein auch als "Zeitungsverbot" bezeichnet, ist ab Januar 1988 offiziell aufgehoben. Am 10. Juni 1951 hatte das Exekutivyuan (Kabinet) per Regierungsanordnung den Umfang jeder Zeitung auf maximal drei große Druckbögen pro Tag sowie die Gründung neuer Zeitungen drastisch eingeschränkt. Die formelle Begründung war die Sättigung des Zeitungsmarktes einerseits und die Knappheit von Zeitungspapier andererseits; doch es war eindeutig, daß die Regierung damit beabsichtigte, die Presse unter Kontrolle zu stellen. Abgesehen von einigen Regierungs- bzw. regierungsfreundlichen Zeitungen, die trotz der Einschränkungspolitik gegründet werden konnten, wurde keine Lizenz für neue Zeitungen von Privatpersonen oder Unternehmen erteilt. Die Aufhebung des "Zeitungsverbots" erfolgte wenige Monate nach Beendigung des Ausnahmezustands. Es zeigt also, daß die Presse Einschränkungen eher mehr mit Politik als mit der sogenannten Papierknappheit zu tun hatten.

Ab 1. Januar haben die meisten großen Tageszeitungen auf der Insel ihre Ausgaben auf sechs Druckblätter großen Formats (24 Druckseiten) erweitert. Nicht nur der Umfang, auch der Inhalt der einzelnen Zeitungen zeigt sich in neuer Gestaltung. Die Meinungsfreiheit, die früher nicht vorhanden war, ist nun deutlich spürbar.

Laut Angaben des Presseamts des Exekutivyuan vom 9. Januar haben zwei neue Zeitungen, *Lianhe Wanbao* und *Zili Zhaobao*, eine Lizenz bekommen, die Genehmigung für eine andere neue Zeitung, *Qemmin Shibao*, steht ebenfalls bevor. Anträge zur Gründung weiterer Zeitungen sind eingereicht oder werden vorbereitet.

Die Presseliberalisierung bringt den Zeitungen zwar mehr Spielraum, andererseits aber auch unbarmherzige Konkurrenz. Die Verleger liegen seit der Ankündigung von Aufhebung der Zeitungseinschränkungen im letzten Dezember im Wettbewerb um neue Mitarbeiter sowie neue Investitionen in Betriebsausbau. Es ist in absehbarer Zeit zu erwarten, daß einige kleine Zeitungen das Rennen nicht mehr mithalten können und somit eine

Pressekonzentration auf einige finanzstarke Zeitungskonzerne stattfindet. Andererseits ist der Verkauf von Zeitungen nach der Presseliberalisierung zurückgegangen, offenbar weil viele Leute im Vergleich zu früher nicht mehr mehrere Zeitungen täglich lesen können, weil diese, wie gesagt, viel umfangreicher geworden sind (LHB, 1., 8. und 10.1.88; Shibao Xinwen-Zhoukan, Taipei, 5.-11.1.88, S.54-64; Jiushi-niandai, Hongkong, Februar 1988, S.37-39). -ni-

***(51)**
Außenhandelswert 1987 um 37,7% gestiegen

Laut Angaben des Amtes für Statistik und Budget des Exekutivyuans ist der Außenhandel Taiwans im vergangenen Jahr mit einem Gesamtwert von 88.036 Mio.US\$ gegenüber 1986 um 37,7% gestiegen. Während der Exportwert mit einem Volumen von 53.534 Mio.US\$ um 34,5% zunahm, erhöhte sich der Importwert mit einem Volumen von 34.502 Mio.US\$ um 42,8%. Damit ergab sich ein Exportüberschuß in Höhe von 19.032 Mio.US\$. Gerechnet in der einheimischen Währung, die im Laufe des vergangenen Jahres um rd. 20% gegenüber dem US-Dollar aufgewertet wurde, ist der Gesamtwert des Außenhandels allerdings mit 2.802,4 Mrd.NT\$ nur um 15,8% gestiegen, darunter wies der Exportwert ein Plus von 13,2% und der Importwert ein Plus von 20% auf, und der Exportüberschuß betrug 603,6 Mrd.NT\$.

Unter den wichtigsten Handelspartnern hatten 1987 die USA einen Anteil von 44,2% an Taiwans Exporten, Europa 14,5% und Japan 13%. Was die Importe Taiwans betrifft, betrug der Anteil Japans 34,3% und der USA 22,1%. Von dem Gesamthandelswert entfielen 35,5% auf den Gütertausch mit den USA und 21,3% auf den mit Japan (ZYRB und LHB, 8.1.88).

Die Exporte Taiwans nach Europa im letzten Jahr erreichten nach Angaben des taiwanesischen Ausschusses für Handelsförderung mit Europa bei einem Zuwachs von 50% eine Gesamtwerthöhe von mehr als 7,8 Mrd.US\$, davon entfielen über 1.980 Mio.US\$ auf die Bundesrepublik Deutschland, über 1.530 Mio.US\$ auf Großbritannien, über 1.080 Mio.US\$ auf die Niederlande, über 770 Mio.US\$ auf Frankreich und über 650 Mio.US\$

auf Italien. Die Exporte in folgende europäische Länder hatten außerordentlich hohe Zuwachsraten zu verzeichnen: Spanien 104,7%, Portugal 86,4%, Frankreich 78,2%, Italien 71,4% und Dänemark 71,3%. Von Textilien und Gummiprodukten abgesehen haben alle anderen Warenlieferungen Taiwans nach Europa um über 50% zugelegt: Maschinen 90,7%, Elektronikprodukte 87,3%, Computer 87,2%, Plastikprodukte 74,4% (LHB, 18.1.88).

Am 27. Januar traf eine ungarische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Präsidenten der nationalen Handelskammer, Peter Lorincze, und des Generaldirektors der Nationalen Bank, Sandor Demjan, in Taiwan ein. Man mißt dem ersten hochrangigen Besuch aus Osteuropa große Bedeutung zu. Noch kurz vor der Ankunft der Delegation hatte Taiwan die Einfuhr von Konsumgütern aus osteuropäischen Staaten liberalisiert. Bislang waren nur Importe von Maschinen und Rohstoffen aus Osteuropa erlaubt (LHB, 11.1.88). -ni-

***(52)**
Zollsenkung für 3.575 Warenpositionen

Am 20. Januar verabschiedete das Gesetzgebungsyuan eine Gesetzesänderung, wonach die Zollsätze von insgesamt 3.575 Warenpositionen, d.h. rd. 80% der beim Zollamt aufgeführten Arten von Importgütern, im Schnitt um 50% herabgesetzt werden mit dem Ziel, den Markt nach außen hin weiter zu öffnen und damit den enormen Exportüberschuß, vor allem gegenüber den USA, abzubauen (ZYRB; LHB; CP, 21.1.88). Unter dem starken Druck von Washington hat Taiwan in den letzten drei Jahren bereits mehrmals die Zolltarife gesenkt, und zwar 1985 bei 1.161, 1986 bei 929 und 1987 bei 1.843 Warenpositionen. Die neue Zollsenkung ist nicht nur zahlenmäßig umfangreicher, sondern erfaßt auch einen großen Teil von Konsumgütern. Von den statistischen Zolldaten 1986 ausgehend, rechnet das Finanzministerium mit einer jährlichen Mindereinnahme der Regierung in Höhe von 10 Mrd.NT\$ (z.Z. 28.50 NT\$ = 1 US).

Auffallend waren diesmal auch die langwierigen, anderthalb Monate dauernden lebhaften Debatten im Gesetzgebungsyuan über die Zollsenkung aufgrund der Lobbies verschiedener Interessentengruppen.

Besonders die Autoimporteure und Autohersteller hatten gegenseitig ihre Vertreter zur Demonstration für bzw. gegen die Zollsenkung mobilisiert. Schließlich kam es zu dem Kompromiß, den Zollsatz für Import-Pkws um 12,5% auf 42,5% und für Import-Lkws von 60% auf 50% zu senken - der Regierungsvorschlag hatte ursprünglich eine Senkung des Zollsatzes um 50% für Pkws vorgesehen. Andererseits strich das Palament die von der Regierung vorgeschlagenen Zollsenkungen für einige Warenpositionen, wie z.B. Agrarprodukte und durchsichtige Folien. -ni-

Hongkong und Macau

***(53)**
Strafzinsen für "heiße" Geld geplant

Die immer lauter gewordenen Forderungen aus den USA und Europa, den Hongkong-Dollar (HK\$) wie die Währungen von Taiwan und Südkorea aufzuwerten, bewirkten in den letzten Monaten einen starken Zufluß von "heißem" Geld in die britische Kolonie. Die Kolonialregierung koppelte im Oktober 1983 den Hongkong-Dollar mit einer festen Parität von 7,80 HK\$ zu 1 US\$ an die US-Währung. Durch den Verfall des US-Dollars, d.h. durch die Mitabwertung des Hongkong-Dollars gegenüber anderen wichtigen Währungen in den letzten zwei Jahren, erlebte die Exportwirtschaft Hongkongs einen großen Aufschwung. Doch sowohl die Regierung als auch die Wirtschaft Hongkongs lehnten eine Aufwertung des Hongkong-Dollars ab mit dem Argument, daß Hongkong freien Handel betriebe und daß seine Export- und Importbilanz ziemlich ausgeglichen sei. Die Hongkong Bank wies in einem Wirtschaftsbericht darauf hin, daß Hongkong vor 1985 immer ein Handelsdefizit gehabt und erst 1986 einen geringfügigen Überschuß von 575 Mio.HK\$ (umgerechnet 73,7 Mio.US\$) erzielt habe. In den ersten elf Monaten 1987, so heißt es weiter in dem Bericht, habe sich zwar in der Handelsbilanz ein höherer Überschuß von 1 Mrd.HK\$ (128 Mio. US\$) ergeben, doch läge dies weit hinter den Handelsüberschüssen von Südkorea und Taiwan mit 10 Mrd.US\$ bzw. 19 Mrd.US\$ (TKB, 21.1.88).